

Grundzüge einer Theorie öffentlicher Aufgabenwahrnehmung

- Hypothese (zur Ausgabenintensität):

Die Verwaltung im Kleinstaat ist zahlenmässig vergleichsweise grösser und weniger kostengünstig wie in grösseren Staaten.

Um das Risiko, das bei Ausfall des in einzelnen Personen monopolisierten Wissens schlagend wird, zu verringern, wird der Kleinstaat versuchen – auf Kosten der Produktionseffizienz –, fachliche Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung jeweils auf mehrere Personen zu verteilen beziehungsweise durch die Besoldung ein etwaiges Abwandern hochqualifizierter Staatsbediensteter zu verhindern. Dies führt zu einer höheren Ausgabenintensität als in grösseren Staaten.

Ein weiteres Argument scheint wichtig. *Der Kleinstaat* kann in seiner Aufgabenwahrnehmung und Verwaltungsstruktur “nicht einfach einen grösseren Staat kopieren” (Büchel 1993, S. 100). Dies hängt schon damit zusammen, dass man im Kleinstaat nicht alles miniaturisieren kann, weil *economies of scale* verloren gehen (Rothschild 1993, S. 80). Dieser Aspekt ist auch auf die Verwaltung zu übertragen. Der Kleinstaat wird dementsprechend Prioritäten bei der Ausstattung bestimmter Aufgabenbereiche mit der Anzahl von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes setzen.

Darüber hinaus *wird ein Kleinstaat* aufgrund seiner beschränkten Einwohner- und Beschäftigtenzahl *nicht über alle Qualifikationen verfügen*, die notwendig wären, um die ganze Palette öffentlicher Aufgaben zu produzieren. Wenn es sich um *eine komplexe öffentliche Aufgabe* handelt (zum Beispiel stationäre Zentralversorgung im Gesundheitswesen, Expertenwissen auf verschiedenen Gebieten), die nicht strategisch relevant ist, so lässt sich das Know-how bei Bedarf zukaufen.

- Hypothese (zum Aufgabenmodus):

Wenn eine Aufgabe einen hohen Komplexitätsgrad aufweist, so wird der Kleinstaat diese Aufgabe, wenn sie nicht strategisch relevant ist, *ceteris paribus* von (in) grösseren Nachbarstaaten produzieren lassen.

2.2.4 Der Beitrag der *Public-Choice*-Theorie

Auch die *Public-Choice*-Theorie bezieht den politischen Prozess in die Analyse ein, wendet darauf aber wiederum ökonomische Denkmuster an, die uns Hinweise auf unsere Ausgangsfragestellung geben sollen. Ein